

Schönburger Tageblatt

und

Waldenburger Anzeiger

Erscheint jeden Werktag Nachmittags. Bezugspreis monatlich 2800 Mk., auschl. Trägerlohn. Einzelne Nrn. 100 Mk. Sonntags 150 Mk. Anzeigenpreis die 6gesp. Grundzeile od. deren Raum 120 Mk., v. außerhalb des Bezirkes 150 Mk., die 3gesp. Zeile im amtlichen Zeile 240 Mk., im Reklameteile 360 Mk. Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte (Petit) 30 Mark. Nachweisgebühr 100 Mark. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Amt Leipzig Nr. 4430. Bankkonto: Vereinsbank zu Goldsch. Filiale Waldenburg. Stadtamt Waldenburg 16. Kabarett gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (D.Z.V.) - Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder in der Liefererei hat der Besteller keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher angegebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortspfanden der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remsse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 60

Dienstag, den 13. März 1923

45. Jahrgang.

Stresemann über den Kampf an der Ruhr.

Neuester Dollarkurs (vorbörslich) = 22 800.

Ueber Preis- und Lohnfragen fanden beim Reichskanzler Besprechungen statt.

Die Reichsregierung erwartet Frankreichs Angebote. Die französischen Lügen werden von der Reichsregierung entlarvt.

Reichstagsabgeordneter Fertg sprach in Stuttgart über die politische Lage.

Die Franzosen haben mit der Besetzung der Bechen bei Gelsenkirchen begonnen.

Der französische Kriegsminister Maginot besichtigte das Ruhrgebiet.

In Duer wurden zwei französische Offiziere von ihren Untergebenen erschossen.

Lord Derby ist in Paris angekommen.

Demokratische Kreise in England betrachten die englische Politik der Rückschweifenden Zustimmung zu dem französischen Vorgehen im Ruhrgebiet als gefährlich.

Waldenburg, den 12. März 1923.

Ob es gelingen wird, den Plan eines internationalen „Arbeiterparlamentes“ in London, das in Sachen der Ruhraktion seine Stimme in die Waagschale werfen soll, zu verwirklichen, steht dahin. Die englische Arbeiterpartei, die die Urheberin dieses Planes ist, wird zur Stelle sein, denn sie hat schon keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die französische Politik mißbilligt. Auch die Italiener sind von den Franzosen nicht begeistert, aber die französischen Arbeiter selbst und ihre belgischen Kameraden werden sich wohl nur gruppenweise in London einfinden, vorausgesetzt, daß ihnen der Weg zur Themse nicht überhaupt von ihrer Regierung versperrt wird.

Die Engländer sind Egoisten. Es ist heute noch unbergessen, wie die britischen Bergarbeiter vor vierzig Jahren die streikenden deutschen Belegschaften in Rheinland-Westfalen mit freilich ziemlich knappen Spenden unterstützten, dafür aber die Preise der englischen Kohlen und ihre eigenen Löhne bedeutend in die Höhe trieben. Auch heute handeln sie nicht aus Liebe zu Deutschland, sondern eben als praktische Leute, die wissen, daß die französische Handlungsweise den Wohlstand der Völker ruinieren muß. Und diese Völker sind es doch, die durch ihre Kaufkraft die hohen Löhne der englischen Arbeiter bezahlen müssen.

In den französischen Arbeitern hat der Chauvinismus stets mehr geherrscht, als der Internationalismus. Das zeigten die letzten Wahlen zur Pariser Kammer, bei denen die politischen Radikalen eine erhebliche Einbuße erlitten. Immerhin fehlt es nicht an Arbeiter-Vertretern, die Poincaré den Text kräftig gelesen haben. Sie sind für eine Verständigung, aber sie haben in Paris nicht entfernt den Einfluß, den ihre englischen Kollegen in London unstreitig besitzen.

In Italien war lange Zeit unter den breiten Volksmengen die radikalste Richtung maßgebend. Anarchismus, Kommunismus, Bolschewismus sind dort im Laufe der Jahre aufgetaucht, denn die Not der Bevölkerung schaltete vermittelnde Strömungen aus. Wie es heute steht, wo die Faschisten einen so großen Einfluß gewonnen haben, läßt sich schwer sagen. Wer von ihnen nach London geht, dürfte weniger von festen praktischen Zielen als von theoretischen Parteiphantasien geleitet werden. Sie stehen sich nicht zum besten mit den Franzosen, aber ebensowenig gut mit den Engländern. Die radikalen Belgier sind auf die britische Konkurrenz gleichfalls nicht feundlich zu sprechen.

Dieses Völkergemisch wird noch komplizierter gestaltet durch die Verschiedenartigkeit der Rassen. Die Ungelassenen haben kein Verständnis für den romantischen Schlandrian, der lieber andere für sich arbeiten läßt, als selbst arbeitet. Wenn diese Nationalitäten sich zusammenfinden, so bedeutet der Name „Arbeiterparlament“ zunächst nicht viel mehr als eine schöne Utopie. Von den Engländern ist mit Gewißheit anzunehmen, daß sie ihrer Regierung gegenüber Rücksicht bewahren werden, bei den übrigen ist schließlich

zu beachten, daß sie unter dem Einfluß ihrer heimischen Presse stehen und sich hüten werden, gegen den Strom zu schwimmen. Man weiß ja, wie in den romanischen Ländern Stimmung gemacht wird.

Von einer Teilnahme deutscher Arbeiter an dieser Londoner Versammlung ist einweilen keine Rede, und es wird auch wohl nicht dahin kommen, obgleich die internationalen Arbeiter erst aus dem Munde ihrer deutschen Kollegen die volle Wahrheit über die Dinge hören können, die sich heute im Ruhrgebiet zutragen.

Wenn die internationalen Arbeiter ernstlich wollen, könnten sie von der Stätte ihres geplanten Parlamentes aus viel Gutes wirken. Und zugegeben, daß sie es wollen, müssen sie die volle Energie besitzen, darauf zu halten, daß ihre Regierungen nicht über ihre Vorstellungen kurzer Hand hinweggehen. Denn mit dieser Möglichkeit, oder sogar Wahrscheinlichkeit, ist stark zu rechnen. Was an der Themse gesprochen werden sollte, wird auf Poincaré keinen großen Eindruck machen, wenn es nicht durch eine Aktion der Arbeiter in ihren eigenen Ländern unterstützt wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der schwedische Gesandte in Christiania, Freiherr Frederik Kamel, ist zum schwedischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Die Bezüge der Beamten. Zu den Gehalts-Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsangestellten im Reichsfinanzministerium wird berichtet, daß eine allgemeine Gehalts- und Lohn-erhöhung abgelehnt worden ist, weil die Regierung es für wichtiger hält, eine Herabsetzung der Preise durchzuführen. Ueber die Vorschlagszahlungen, die die Regierung in Aussicht gestellt hat, soll am Montag nachmittags erneut mit den Beamtenvertretern beraten werden. Anschließend werden Besprechungen über die Gewährung von Ortsbesuchszulagen für Beamte und Angestellte stattfinden. Der besonderen Lage im besetzten Gebiet wird durch eine entsprechende Erhöhung der Besatzungszulage entgegenkommen werden. Dem Kabinett wird vorgeschlagen werden, die Besatzungszulage um 10 000 Mk. und die Kinderzulage um 2000 Mark mit Wirkung vom 1. Februar ab zu erhöhen.

Boelitz fordert Burgfrieden. Zum gemeinsamen Abwehrkampf mit den Männern und Frauen an der Ruhr forderte in Gronau in einer von allen Bevölkerungsschichten besuchten öffentlichen Versammlung in einer Ansprache der preussische Kultusminister Dr. Boelitz auf. Hinter der unerschütterten Kampfeslinie der Männer und Frauen im Einbruchsgelände müßten der geschlossene Abwehrwille und die Zuträuf des gesamten Volkes stehen. Das einzige, was die Tapferen an der Ruhr erschüttern könnte, wäre der Gedanke, daß wir anderen nicht mit voller Kraft zu ihnen stehen; blieben wir aber alle stark, dann werde auch ihre Widerstandskraft keinem Stoße erliegen. Vor allem müßten die politischen Parteien jetzt unbedingt Burgfrieden halten, und Erziehung zum politischen Denken, Erziehung zur Staatsgesinnung seien jetzt tausendfach mehr wert als jedes Parteigerede. Ein erbärmlicher Wicht sei, wer jetzt auf Parteizugrund nicht verzichten könne.

Arbeiterwehren in ganz Thüringen. Dem Beispiel der Sozialdemokraten der Stadt Gera, wo die Arbeiterpartei Arbeiterwehren gründete und 5 Hundertschaften in einem öffentlichen Appell aufmarschieren ließ, werden die sozialdemokratischen Ortsgruppen der anderen Städte Thüringens folgen. Der Sozialistenführer und Meiniger Staatsrat Hofmann in Saalfeld schlägt die Ausnahme auch der Kommunisten in diese Arbeiterwehren vor. Es wird demnächst eine sozialdemokratische Tagung der Ortsgruppen Thüringens zusammengetreten, um darüber zu beschließen, ob man die Kommunisten zur Beteiligung an den Arbeiterwehren auffordern soll. Der Geraer Bürgerbund fordert die Reichsregierung auf, zu entscheiden, ob derartige Ordnungsdienst- und Schutzorganisationen auf Grund der geltenden Gesetze bestehen dürfen.

Der Reichskanzler hatte Besprechungen mit Vertretern der Industrie und Gewerkschaften über die Preis- und Lohnlage. Der Reichskanzler erklärte, daß die Regierung alles tun werde, um weitere Preissteigerungen zu verhindern. Eine weitere Erhöhung der Löhne werde aber den Preisabbau unmöglich machen.

Vom Reichstag wurde am Freitag in später Sitzung das Gesetz über die Dollarschahamweisungen und den Reservefonds in erster und zweiter Lesung angenommen. Dann vertagte sich der Reichstag auf Montag Nachmittags 2 Uhr.

Die Franzosen haben ihre Aktion zur Besetzung von Kohlenzügen in der Nähe von Dortmund fortgesetzt. Im Zusammenhang hiermit wurden die Stationen Neallinghausen-Süd, Castrop, Raugel, der Block Julia und Block Braubau von den Franzosen besetzt. Die Besetzung von Kronenfeld im bergischen Land hat sich als Maßnahme zur Kontrolle der Strecke Solingen-Elberfeld herausgestellt. Die Franzosen haben eine scharfe Zollkontrolle in Kronenfeld eingerichtet.

Besetzung der Bechen?

Nach glaubwürdigen Meldungen beabsichtigen die Franzosen, angeblich mit Hilfe polnischer Arbeiter, am 15. März in einzelne Bechen einzudringen und die Kohlenförderung in eigene Hand zu nehmen. In Gelsenkirchen wurden unter Benutzung von 22 Lastkraftwagen die Zugänge zu der Beche Consolidation von französischen Truppen besetzt.

In einer halbamtlichen Mitteilung werden von deutscher zuständiger Seite die französischen Lügen entlarvt, daß Deutschland für die Pariser Konferenz keinen festen Reparationsplan besessen habe, daß die deutsche Industrie eine wirtschaftliche und politische Verständigung mit Frankreich hinter dem Rücken von dessen Verbündeten gesucht habe. Die deutsche Klatschpresse erhärtet ferner, daß Poincaré alle Verhandlungsangebote Deutschlands sabotiert hat.

Zu der ersterwähnten Beschuldigung erklärt der Staatssekretär a. D. Bergmann:

Die deutsche Regierung hat am 31. Dezember 1922, also kurz vor Zusammentritt der Pariser Konferenz, offiziell durch ihre Missionen in London, Paris, Rom und Brüssel die alliierten Regierungen davon benachrichtigt, daß ich beauftragt sei, der Konferenz in Paris auf Wunsch der deutschen Reparationsplan „zu unterbreiten und mündlich zu erläutern“. An sich geht für jeden Unvoreingenommenen schon aus dieser Gegenüberstellung der „Unterbreitung“ des Planes und dessen mündlicher Erläuterung ohne weiteres hervor, daß ein schriftlich fixierter Plan vorlag. Ich war aber außerdem auch ausdrücklich angewiesen, wenn die Gegenseite es wünschte, den Plan lediglich in schriftlicher Form vorzulegen.

Zu der zweiten Beschuldigung erklären die Herren Kläbner, Silberberg und Stinnes:

Wir haben uns auf Wunsch der deutschen Regierung schon im Sommer 1922, zuletzt Anfang Dezember 1922 zur Führung von Verhandlungen mit der Gegenseite bereit erklärt. Diese Verhandlungen sollten sich auf Lieferung von Brennstoff beziehen, insbesondere von Koks, der der französischen Eisenindustrie auf Grund langfristiger Verträge während des Deutschland zu gewährenden Moratoriums sicher gestellt werden sollte. Die Behauptung des Herrn Poincaré, daß die Herren Kläbner, Silberberg und Stinnes zusammen oder vereinzelt mit der französischen Regierung oder mit der französischen Industrie Verhandlungen geführt oder geplant haben, um politische Abmachungen zwischen Frankreich und Deutschland ohne Kenntnis der deutschen Regierung zu treffen, entbehrt somit jeder Grundlage. Sie ist unrichtig.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ hatte seinem Blatte berichtet, daß die deutsche Regierung an einem neuen Reparationsprogramm arbeite. Dem gegenüber wird von Berlin aus erklärt, daß Angebote von Frankreich auszugehen hätten und daß wir uns vernünftigen Angeboten und Verhandlungen, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung basieren, nicht verschließen werden.

Der neuernannte Geschäftsträger von Haiti in Berlin, Georg Gentil, hat dem Staatssekretär im auswärtigen Amt, Freiherr von Malzan, sein Beglaubigungsschreiben überreicht.